

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

37. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 13. März 2002, 10:30 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Roswitha Strauß (CDU)

Vorsitzende

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

zeitweise

Wilhelm-Karl Malerius (SPD)

i. V. von Birgit Herdejürgen - zeitweise -

Thomas Rother (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Manfred Ritzek (CDU)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|--|--------------|
| 1. Information durch die Landesregierung über die aktuelle Situation der MobilCom AG und zu möglichen Auswirkungen auf den Multimedia-Campus | 23 |
| nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 GeschO | |
| 2. Information des MWTV über die Grundsätze der Bürgschaftsgewährung bei drohenden Firmeninsolvenzen sowie über die aktuelle Entwicklung bei der „DACH SANITÄR HANDEL eG“ | 23 |
| hierzu: Umdruck 15/1972 | |
| nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 GeschO | |
| 3. a) Keine Zusatzbelastung für schleswig-holsteinische LKW | 9 |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/462 | |
| b) Streckenbezogene Autobahnbenutzungsgebühr für LKW | |
| Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/466 | |
| c) Einführung einer Maut für den Schwerlastverkehr und seine Folgen für die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein | |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1597 | |
| 4. Auswirkungen von Basel II | 16 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1177 | |

- 5. a) Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau** **10**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/793
- Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/833
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/837
- b) Finanzierung eines Ausbaus des Flugplatzes Kiel-Holtenau**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1053
- 6. Bau einer Rohstoff-Pipeline von Marl/Gelsenkirchen über Wilhelmshaven und Stade nach Brunsbüttel** **21**
- (Antrag Abg. Eichelberg, hierzu: Umdrucke 15/1048 und 15/1810)
- 7. Konzept zur Herstellung von Chancengleichheit bei Qualitätswettbewerb der strukturschwachen Regionen im „Regionalprogramm 2000“** **8**
- Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/1514
- 8. Wert der Provinzial** **15**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1541
- 9. Liberalisierung des Wettbewerbsrechts** **17**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1504

10. a) Förderung der Biotechnologie**7**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/119

b) Förderung der Gentechnik

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/386

c) Technikfolgenabschätzung (TA) und Gentechnologie

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/523

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/534

d) Import embryonaler Stammzellen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1088

e) Entschließungsantrag zur Präimplantationsdiagnostik

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1084

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1110

11. a) Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen**20**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1494

**b) Neuorientierung des Arbeitsmarktes
Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1497

- 12. a) Genehmigung von Offshore-Windparks** **18**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1197
- b) Offshore-Windparks**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1104
- 13. Stand der Brennstoffzellentechnologie in Schleswig-Holstein** **19**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1475
- 14. Reiseplanungen** **22**
- Hannover-Messe am 19. April 2002
 - länderübergreifender Erfahrungsaustausch zum Themenkomplex „Deutsche Bahn AG“ am 22. Mai 2002 in Potsdam
- (hierzu werden Themenvorschläge der Fraktionen erwartet
s. auch Umdrucke 15/1936 und 15/1973)**
- Informationsreise des Ausschusses in 2003
- 15. Verschiedenes** **22**

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 10:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Der Ausschuss befasst sich zunächst mit Punkt 10 der Tagesordnung:

a) Förderung der Biotechnologie

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/119

b) Förderung der Gentechnik

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/386

c) Technikfolgenabschätzung (TA) und Gentechnologie

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/523

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/534

d) Import embryonaler Stammzellen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1088

e) Entschließungsantrag zur Präimplantationsdiagnostik

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1084

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1110

Auf Wunsch der Mehrheitsfraktionen wird die Beratung der Vorlagen wegen eines zusätzlichen Abstimmungsbedarfs von der Tagesordnung abgesetzt. Die Punkte sollen in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 17. April erneut aufgerufen werden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Konzept zur Herstellung von Chancengleichheit bei Qualitätswettbewerb
der strukturschwachen Regionen im „Regionalprogramm 2000“**

Antrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/1514

Auf Wunsch der antragstellenden Fraktion wird die Beratung abgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Keine Zusatzbelastung für schleswig-holsteinische LKW

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/462

b) Streckenbezogene Autobahnbenutzungsgebühr für LKW

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/466

hierzu: Umdruck 15/866

(überwiesen am 16. November 2000)

c) Einführung einer Maut für den Schwerlastverkehr und seine Folgen für die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1597

hierzu: Umdruck 15/1810

(überwiesen am 22. Februar 2002)

Ohne vertiefte Aussprache spricht der Ausschuss einstimmig folgende Beschlussempfehlungen an das Plenum des Landtages aus:

Zu a): für erledigt erklären,

b): für erledigt erklären,

c): Annahme mit der Maßgabe, dass der Einleitungssatz folgende Fassung erhält:

„Der Landtag unterstützt die Landesregierung darin, im Bundesrat u.a. durchzusetzen, dass ...“

Punkt 5 der Tagesordnung:

a) Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/793

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/833

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/837

(überwiesen am 21. März 2001 an den Wirtschaftsausschuss)

b) Finanzierung eines Ausbaus des Flugplatzes Kiel-Holtenau

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1053

(überwiesen am 11. Juli 2001 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanzausschuss)

Abg. Müller erbittet vom MWTV einen aktuellen Sachstandsbericht und erklärt, dass wegen der noch nicht abgeschlossenen Finanzierungsgespräche eine abschließende Behandlung der Anträge aus Sicht der SPD in der heutigen Sitzung noch nicht möglich sein werde.

Abg. Eichelberg stimmt diesem Verfahrensvorschlag von Abg. Müller im Grundsatz zu, mahnt aber an dieser Stelle die Vorlage eines Luftverkehrskonzeptes an, das von der CDU-Fraktion bereits im März 2001 gefordert worden sei; eigentlich sollte dieses Konzept schon im Juli des vergangenen Jahres vorliegen.

M Dr. Rohwer erinnert an die von ihm bereits in den vorangegangenen Sitzungen gegebenen Berichterstattungen und äußert die Einschätzung, dass es nur wenige Planungsverfahren gebe, die so transparent gemacht worden seien wie die Planungen bezüglich des Ausbaus des Flughafens Kiel-Holtenau. Alle hierzu bisher erstellten Gutachten seien der Öffentlichkeit über das Internet zur Verfügung gestellt worden.

Im Folgenden geht er auf die Schilderung des aktuellen Standes zu vier entscheidenden Themenstellungen ein. Dabei gehe es zunächst um die Kernfrage, welche Ausbaulänge für die

Start- und Landebahn in Holtenau eigentlich erforderlich sei, wenn man das Ziel verfolge, den Flughafen für die nächsten Jahre fit zu halten, was Linienverbindungen und den kleinen Geschäftsreiseverkehr angehe, der für die Wirtschaft relevant sei, und das unter der ermittelten Voraussetzung, dass die Fluggesellschaften zunehmend Regionaljets einsetzen. Das dazu inzwischen erstellte weitere Gutachten habe bestätigt, dass es einige Flugzeugtypen gebe, die mit einer Länge von 1.600 m auskämen, dass es aber zwei ganz wichtige Flugzeugtypen gebe - die CRJ 200 und die EMB 145 -, die einen großen Marktanteil hätten und mit 1.800 m plus 300 m Startabbruchstrecke gerade zurecht kämen; dies bedeute, in Extremsituationen könne es bei diesem Typen auch geringfügige Beschränkungen geben, aber die werde man wohl akzeptieren müssen.

Die zweite Themenstellung betreffe die Frage, wie valide und rechtssicher ausgeschlossen werden könne, dass bei einer solchen Startbahnverlängerung der Pauschalreiseflugverkehr mit größeren Maschinen in Kiel-Holtenau nicht stattfinde. Zusätzlich zu den geprüften Maßnahmen und der Tatsache, dass die Startbahn nicht verbreitert werde, sondern es bei 30 m bleibe, werde hinzukommen, dass es nach den vorläufigen Vorstellungen des MWTV eine Tonnagebegrenzung in der Größenordnung von 50 t geben werde, die auch im Planfeststellungsverfahren rechtssicher erfolgen könne. Entsprechende Gutachten hätten dies bestätigt. Dadurch komme es hier zu einer eindeutigen Klärung, dass Fluggeräte, die ein größeres tatsächliches Abfluggewicht hätten, in Kiel-Holtenau nicht starten und landen könnten.

Der dritte Punkt betreffe die Finanzierung. Vorweg wolle er, M Dr. Rohwer, an dieser Stelle noch einmal sagen, dass der Ausbau des Flughafens dann, wenn er denn beschlossen würde, kein Projekt allein der Stadt Kiel sei, sondern ein Projekt sei, dem das MWTV strukturpolitische Bedeutung für die gesamte K.E.R.N.-Region zuzumessen sowie auch strukturpolitische Bedeutung für das mittlere Schleswig-Holstein und Teile des nördlichen Schleswig-Holsteins. Realisierungsfähige Alternativen hierzu hätten sich bekanntlich nicht ergeben.

M Dr. Rohwer nimmt sodann zur Aufteilung des gesamten Finanzierungsvolumens von 48,2 Millionen € auf die unterschiedlichen Ebenen Stellung. Bei einem Investitionsvolumen von 41 Millionen € im Bereich der GA belaufe sich das Fördervolumen unter Zugrundelegung einer angenommenen Förderquote von 50 % „Regelsatz“ und 10 % „Aufschlag“ aus strukturpolitischen Gründen von 20,2 Millionen €. An dieser Stelle betont M Dr. Rohwer den vorläufigen Charakter dieser Zahlenangaben, weil sie mit der Stadt Kiel auch noch nicht „ausverhandelt“ seien. Diese 20 Millionen € wären zur Hälfte Landesmittel und zur Hälfte Bundesmittel.

Nehme man jetzt einmal eine Gesamtbetrachtung vor, welcher Teil durch Bundesmittel getragen werde und welcher Teil durch Landesmittel beziehungsweise durch Mittel der Stadt Kiel,

dann zeige sich, dass der Bund, der rund 5,7 Millionen € für den Straßenbau übernehme, auf etwa 16 bis 17 Millionen € kommen werde. Das Land liege - wie gesagt - bei rund 10 Millionen € GA-Landesmittelanteil plus 1,15 Millionen € GVFG-Anteil. Danach verbleibe - auch dies Annäherungszahlen - ein Teil für die Stadt Kiel in Höhe von rund 17 bis 18 Millionen €. Von der Lastenverteilung her - als Momentaufnahme - würde dies bedeuten, dass der Bund und die Stadt Kiel plus die Flughafengesellschaft einen größeren Anteil als das Land aufzubringen hätten. Dies sei auch nicht anders möglich, weil das Land nur die Möglichkeit der GA-Förderung habe. Darüber hinaus sei klar, dass die Flughafengesellschaft einen kleineren Teil dieses „Kieler Anteils“ finanziere. Nach der durchgeführten Wirtschaftlichkeitsberechnung sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass etwa acht bis zehn Jahre nach dem Ausbau des Flughafens der Break-even-Point erreicht werde.

M Dr. Rohwer betont an dieser Stelle noch einmal, dass die vorgetragenen Zahlen nicht Bestandteile eines fertigen Finanzierungskonzeptes seien, sondern es seien Anhaltspunkte zur Verdeutlichung der Grundproblematik, dass die Lasten zwangsläufig unterschiedlich verteilt werden müssten, weil die Fördermöglichkeiten eben unterschiedlich seien.

Vor diesem Hintergrund der Überlegungen stelle sich nun die Frage, was von den GA- und EFRE- und sonstigen Fördermitteln für die anderen Regionen verbleibe. Dazu müsse man zunächst einmal wissen, dass die GA-Infrastrukturmittel und die EFRE-Infrastrukturmittel in einem großen Teil der Fördergebietskulisse gleich einsetzbar seien, aber eben in einigen Regionen nicht, weil dort nur GA-Mittel eingesetzt würden; dies betreffe Teile des Kreises Plön, des Kreises Ostholstein, der Stadt Neumünster und des Kreises Rendsburg-Eckernförde. Somit hätte der Förderansatz, der soeben skizziert worden sei, die Konsequenz, dass man in diesen Gebieten die noch freien GA-Mittel reservieren und die EFRE-Mittel in den Regionen konzentrieren würde, in denen eine Förderfähigkeit nach EFRE gegeben sei: dies betreffe den gesamten Bereich des Nordens und des Westens. Wenn man nun insgesamt GA- und EFRE-Mittel betrachte, würde durch den Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau rund 10 % der noch freien Mittel dafür eingesetzt. Angesichts einer Laufzeit von nur vier Jahren könne man insofern eine Entscheidung vertreten, vielleicht auch mal einige kleinere Projekte zurückzustellen mit der Konsequenz, dass sich Kiel und die K.E.R.N.-Region dies dann auch ein Stück weit in ihren Fördermöglichkeiten anrechnen lassen müssten, ohne dass man Förderkorridore definiert habe.

Zur vierten Themenstellung, dem Punkt Raumordnungsverfahren, erklärt M Dr. Rohwer sodann, dass die Landesregierung über diese Frage im Rahmen einer Kabinettsbefassung beraten und entscheiden werde. Die Kabinettsentscheidung sei für den 26. März geplant. Nach dem Landesplanungsgesetz sei angesichts der in diesem Zusammenhang bereits angestellten Prüfungen und der Tatsache, dass alle Punkte, die Gegenstand eines Raumordnungsverfahrens seien,

im anschließenden Planfeststellungsverfahren geprüft würden - dies sei hier ja der Fall -, die Durchführung eines eigenständigen Raumordnungsverfahrens rechtlich nicht erforderlich. Aber - wie bereits ausgeführt - habe die Landesregierung noch keine endgültige Entscheidung in dieser Frage getroffen.

Abg. Dr. Graf Kerksenbrock teilt im Folgenden die Einschätzung von M Dr. Rohwer, dass die Durchführung eines eigenständigen Raumordnungsverfahrens im hier vorliegenden Fall nicht erforderlich sei, und weist auf die mit der Durchführung eines Raumordnungsverfahrens einhergehenden Zeitverluste - ohne weiterführendes Ergebnis im Übrigen - hin.

Abg. Rother fragt noch einmal nach den Auswirkungen der beschriebenen Förderung aus GA-Mitteln für andere Regionen, die ebenfalls nur aus GA-Mitteln gefördert werden könnten.

Abg. Hentschel weist zunächst auf eine in grundsätzlichen Teilen abweichende Meinung seiner Fraktion bezüglich des Ausbaus des Flughafens Kiel-Holtenau hin. Er stellt fest, dass die durch Ratsbeschluss der Stadt Kiel geforderten drei Alternativen bezüglich der Startbahnlänge noch nicht in allen Varianten geprüft worden seien und dass es bezüglich der rechtlichen Wirkungen der Tonnagebeschränkung ein Rechtsgutachten gebe, das auf eine Klage in einem ähnlichen Verfahren verweise und zu der Schlussfolgerung komme, dass dann, wenn diese Klage Erfolg habe, die von M Dr. Rohwer angedeuteten rechtlichen Wirkungen nicht eintreten könnten. Abschließend spricht Abg. Hentschel noch den Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Maßnahme sowie Finanzierungsfragen an; denn ihm sei bekannt, dass die Stadt Kiel bei ihrer Zusage zur Übernahme von rund 17 Millionen € davon ausgehe, dass nur 8 Millionen € direkt den Ausbaumaßnahmen zugute kommen sollten und dass die verbleibenden 9 Millionen € zur Abdeckung weiterer Defizite in den nächsten Jahren eingeplant seien.

M Dr. Rohwer geht in seinen folgenden Ausführungen noch einmal im Einzelnen auf seinen gegebenen aktuellen Sachstandsbericht ein und betont dabei u.a., dass man bezüglich der Tonnagebegrenzung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens nur etwas vorschlagen werde, was auch rechtlich belastbar sei, und dass selbstredend die Wirtschaftlichkeitsberechnung letztlich die Grundlage für eine Entscheidung für den Ausbau des Flughafens sein müsse. Das Ergebnis der entsprechend durchgeführten Kosten-/Nutzenanalyse stehe ebenfalls im Internet und er, M Dr. Rohwer, könne an dieser Stelle nur noch einmal wiederholen, dass er davon ausgehe, dass der Break-even in etwa zehn Jahren erreicht sein werde. Dabei sei es selbstverständlich, dass die bis dahin anfallenden Defizite in die Gesamtwirtschaftlichkeit des Projektes eingerechnet werden müssten.

Abg. Aschmoneit-Lücke stellt klar, dass dann, wenn ein Raumordnungsverfahren rechtlich nicht nötig sei, dieses von der FDP auch nicht gewünscht werde. Außerdem begrüße sie die Aussage, dass der Versuch unternommen werden solle, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens über eine Tonnagebegrenzung Pauschalreiseflugverkehr für Kiel-Holtenau auszuschließen und dies auch nach weiteren Prüfungen soweit wie möglich rechtlich zu untermauern.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, fragt nach den Konsequenzen des Einsatzes von Straßenbaumitteln des Bundes - in der Höhe von 5,7 Millionen € - für andere Straßenbauprojekte in Schleswig-Holstein.

Abg. Harms fragt u.a., ob sich möglicherweise aus dem Einsatz des neuen Transportflugzeuges vom Typ Airbus A 400 bei der Luftwaffe für den Flugplatz in Hohn Konsequenzen ergäben - bis hin zu einer Neubewertung des Flugplatzes Hohn als Alternativstandort.

In einer abschließenden Antwortrunde bewertet M Dr. Rohwer die Auswirkungen des Einsatzes von Straßenbaumitteln an dieser Stelle auf andere Straßenbau- und Radwegebaumaßnahmen im Land auch angesichts des damit verbundenen Zeitfaktors als relativ gering, veranschaulicht man sich, dass dies bis zum Jahre 2005/2006 letztlich 2 Millionen € pro Jahr bedeuten würde. Die Aussagen von Abg. Aschmoneit-Lücke werden von M Dr. Rohwer begrüßt und dahin gehend bestätigt, dass eine Aussage über den Ausschluss von Pauschalreiseflugverkehr nicht nur politisch, sondern auch rechtlich fundiert unterfüttert werden müsse. Der Frage von Abg. Harms, ob der geplante Einsatz des Transportflugzeuges vom Typ Airbus A 400 bei der Luftwaffe neue Fakten schaffe, die es erforderlich machten, den Alternativstandort Hohn noch einmal untersuchen zu lassen, werde er, M Dr. Rohwer, auf der Grundlage der ohnehin hierzu in seinem Haus laufenden Gespräche noch einmal nachgehen. Eine entsprechende Stellungnahme werde er den Ausschussmitgliedern schriftlich zukommen lassen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Wert der Provinzial

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1541

(überwiesen am 21. Februar 2002 an den **Wirtschaftsausschuss** und den **Finanzausschuss** zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere vertiefte Aussprache erklärte der Ausschuss die Beratung über die Drucksache 15/1541 für abgeschlossen. - Abg. Aschmoneit-Lücke betont in diesem Zusammenhang noch einmal - wie bereits in der Plenardebatte geschehen - das Erfordernis der Unverzüglichkeit der Vorlage des Gutachtens.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Auswirkungen von Basel II

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1177

hierzu: Umdrucke 15/1724, 15/1739, 15/1780, 15/1792, 15/1803, 15/1808,
15/1809, 15/1829, 15/1839, 15/1865, 15/1866, 15/1876,
15/1881-15/1883, 15/1885, 15/1886, 15/1896, 15/1889,
15/1890, 15/1891, 15/1892, 15/1897, 15/1898, 15/1925,
15/1928, 15/2014

(überwiesen am 18. Oktober 2001 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Fi-
nanzausschuss)

Abg. Müller führt für die SPD-Fraktion den Antrag Umdruck 15/2014 in die Beratung ein. -
Nach kurzer Aussprache besteht Einvernehmen, die Erörterung hierüber erst in der nächsten
Sitzung des Ausschusses zu führen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Liberalisierung des Wettbewerbsrechts

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/1504

(überwiesen am 24. Januar 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Schmitz-Hübsch macht für ihre Fraktion deutlich, dass angesichts der auf Bundes- und EU-Ebene laufenden Beratungen zur Harmonisierung des Wettbewerbsrechts eine zusätzliche Initiative Schleswig-Holsteins für entbehrlich gehalten werde. Die CDU werde deshalb gegen den Antrag stimmen.

Abg. Rother weist darauf hin, dass bereits in der Debatte im Landtag Einvernehmen darüber erzielt worden sei, dass die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Stand der Beratungen über das Wettbewerbsrecht insgesamt gebeten werden solle. Er verweist in dem Zusammenhang auch auf die bei der Bundesjustizministerin arbeitende Kommission.

Die Ausschussmitglieder bitten die Vertreter des MWTV sodann um eine schriftliche Berichterstattung über die auf Bundes- und EU-Ebene laufenden Beratungen zur Harmonisierung des Wettbewerbsrechts. Dabei sollen die Ergebnisse der bisherigen Arbeit der bei der Bundesjustizministerin eingerichteten Kommission einbezogen werden.

Nach Vorlage dieses Berichtes soll der Tagesordnung erneut aufgerufen werden.

Punkt 12 der Tagesordnung:

a) Genehmigung von Offshore-Windparks

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1197

hierzu: Umdruck 15/1913

(überwiesen am 18. Oktober 2001 an den **Agrarausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Umweltausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

b) Offshore-Windparks

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1104

(überwiesen am 18. Oktober 2001 an den **Agrarausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Umweltausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Zu den Punkten 1 bis 5 des Antrages der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1197, folgt der Ausschuss einstimmig der Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses und des Umweltausschusses, diese Punkte für erledigt zu erklären. Der Punkt 6 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und bei Enthaltung der FDP mit Mehrheit zur Ablehnung empfohlen.

Zum Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1104, erläutert St Voigt Einzelheiten. Es besteht Einvernehmen, in der Mai-Sitzung des Wirtschaftsausschusses hierzu sowie zu weiteren Themen wie Brennstoffzellentechnologie, Biomasse eine verbundene Debatte vor allem unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten zu führen.

Der Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1104, wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Stand der Brennstoffzellentechnologie in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1475

(überwiesen am 23. Januar 2002 an den **Umweltausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Eingedenk der Tatsache, dass auch dieses Thema in der Mai-Sitzung des Wirtschaftsausschusses erneut beraten werden soll, nehmen die Ausschussmitglieder an dieser Stelle den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1475, zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

a) Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1494

**b) Neuorientierung des Arbeitsmarktes
Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1497

(überwiesen am 24. Januar 2002 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschafts-
ausschuss)

Abg. Schröder bittet darum, die Beratung über diese Tagesordnungspunkte in der heutigen Sitzung nicht aufzunehmen, weil die SPD-Fraktion ihre diesbezüglichen Erörterungen noch nicht abgeschlossen habe. - Der Ausschuss folgt dieser Bitte einmütig.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bau einer Rohstoff-Pipeline von Marl/Gelsenkirchen über Wilhelmshaven
und Stade nach Brunsbüttel**

(Antrag Abg. Eichelberg, hierzu: Umdrucke 15/1048 und 15/1810)

Aus Zeitgründen setzt der Ausschuss die Beratung dieses Tagesordnungspunktes ab und bittet die Vertreter des MWTV zunächst um Vorlage des hierzu erstellten Gutachtens. Nach Vorlage dieses Gutachtens soll der Punkt erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Reiseplanungen

- Hannover-Messe am 19. April 2002

Nachdem sich für den Besuch der Hannover-Messe nur drei Ausschussmitglieder angemeldet haben, nimmt der Ausschuss von einem offiziellen Besuch der Messe Abstand.

- länderübergreifender Erfahrungsaustausch zum Themenkomplex „Deutsche Bahn AG“ am 22. Mai 2002 in Potsdam

hierzu: Umdrucke 15/1936 und 15/1973

Die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen werden gebeten, sofern noch nicht geschehen, Themenvorschläge für den Erfahrungsaustausch zu unterbreiten. Dabei weist Abg. Hentschel darauf hin, dass er den Punkt „Regionalisierung der Investitionsmittel für die Bahn“ thematisieren wolle.

Sodann werden als Teilnehmer/Teilnehmerinnen an der Veranstaltung am 22. Mai in Potsdam die Vorsitzende, Abg. Strauß, sowie die Abgeordneten Aschmoneit-Lücke, Eichelberg, Hentschel, Poppendiecker und Harms benannt.

- Informationsreise des Ausschusses in 2003

Die Ausschussmitglieder bestätigen ihre Absicht, in 2003 im Rahmen einer Informationsreise in den Raum Rostock, Warnemünde, Stettin, Danzig hafengewirtschaftliche Themenstellungen - auch unter Berücksichtigung des Fährverkehrs nach Skandinavien - zu behandeln. Einzelheiten dieser Reise sollen zu gegebener Zeit besprochen werden. - Abg. Schröder regt an, mittelfristig auch einmal eine Informationsreise mit der Themenstellung „Nordseekooperation“ einzuplanen.

- Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses in der zweiten Jahreshälfte 2002

Die Terminplanung, die im Entwurf vorliegt, soll in der April-Sitzung des Ausschusses endgültig beschlossen werden.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung, Verschiedenes, liegt nichts vor.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Information durch die Landesregierung über die aktuelle Situation der MobilCom AG und zu möglichen Auswirkungen auf den Multimedia-Campus

Punkt 2 der Tagesordnung:

Information des MWTV über die Grundsätze der Bürgschaftsgewährung bei drohenden Firmeninsolvenzen sowie über die aktuelle Entwicklung bei der „DACH SANITÄR HANDEL eG“

hierzu: Umdruck 15/1972

Dieser Tagesordnungspunkt ist gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V. m. § 17 Abs. 1 Satz 2 GeschO nicht öffentlich beraten worden (siehe nicht öffentlicher Teil der Niederschrift).

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 13:20 Uhr.

gez. Roswitha Strauß

Vorsitzende

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer